

Wahl-Zeitung

Einzelpreis 10 Rpf.

Allgemeine Zeitung für Mitteldeutschland · Halle'sche Neueste Nachrichten

Halle'sche Zeitung Landeszeitung für Provinz Sachsen und Anhalt

Amtsblatt der Stadt Halle

und der Handelsregisterbehörde



Schriftleitung, Verlag: A. Bruns, Halle, für Straßburger 16 1/2, S. Fernruf 274 31 Tel. Nr. 42. Einlegung Geschäftsst. Reichsheimen 6, Wallenbauring 1b, Rannische St. 10, Geißstr. 42. Im Falle höherer Gewalt (Streik) besteht kein Anbruch auf Lieferung oder Rückvergütung.

Monatlicher Preispreis mit Hauslieferung 1,85 RM, und 0,25 RM, Zulegegebühr, durch die Post 2,30 RM, ohne Zulegegebühr, Anzeigenpreis 0,15 RM, pro mm, die Zeilenlänge 0,50 RM, pro mm. Zeitungsvertrag mit Halle, Postfachamt 228 15.

67. Jahrgang

Halle (Saale)

Montag, 7. November 1932

Sonder-Ausgabe.

Das Wahl-Ergebnis vom 6. November.

Partei	Stimmen	Sitze	Partei	Stimmen	Sitze
Nationalsozialisten	11 705 256	195	Deutsche Volkspartei	659 703	11
Reichstagswahl 31. Juli 1932	13 772 748	230	Reichstagswahl 31. Juli 1932	481 548	7
Reichstagswahl 14. September 1930	6 280 465	110	Reichstagswahl 14. September 1930	1 377 411	27
Sozialdemokraten	7 231 404	121	Deutsche Staatspartei	337 871	2
vom 31. Juli 1932	7 053 986	133	vom 31. Juli 1932	371 378	4
vom 14. September 1930	8 575 699	136	vom 14. September 1930	1 322 028	16
Kommunisten	5 970 833	100	Christlich-Sozialer Volksdienst	412 523	5
vom 31. Juli 1932	5 265 696	80	vom 31. Juli 1932	384 749	4
vom 14. September 1930	1 390 453	78	vom 14. September 1930	869 766	21
Zentrum	4 228 322	69	Wirtschaftspartei	110 117	2
vom 31. Juli 1932	4 387 477	75	vom 31. Juli 1932	146 261	1
vom 14. September 1930	4 010 570	69	vom 14. September 1930	1 361 747	21
Bayerische Volkspartei	1 081 595	19	Deutsches Landvolk	46 486	3
vom 31. Juli 1932	1 190 463	22	vom 31. Juli 1932	91 316	1
vom 14. September 1930	1 175 146	19	Vollrechtspartei	46 068	—
Deutschnationale	3 061 626	51	vom 31. Juli 1932	38 788	—
vom 31. Juli 1932	2 184 971	37	Sozialistische Arbeiterpartei	45 036	—
vom 14. September 1930	2 457 572	42	vom 14. September 1930	73 982	6

Weiter erhielten: Thüringer Landbund 60 065 Stimmen, 1 Sitz; Deutsch-Sachsenpartei 63 989 Stimmen, 1 Sitz; Deutsche Bauernpartei 148 981 (Sitze siehe Landvolk); Württembergische Bauern und Bürger 105 1888, 2 Sitze. Abgegeben 35 379 011 Stimmen = 582 Sitze.

Koalitionen unmöglich.

Das Ergebnis der Wahl.

Nach dem kürzlichen Reichstags hat das deutsche Volk am 6. November wieder gewählt. In das Ergebnis ist wesentlich anderes als am 31. Juli? Man muß die Frage verneinen. Es sind zwar bestimmte Veränderungen eingetreten, Veränderungen aber, die das Gesamtbild nur nach einer Richtung hin beeinträchtigen. Nach dem 31. Juli wurden Verhandlungen oder Beratungen — oder wie man die Beipredigungen nennen will, — ja gleichgültig — zwischen Nationalsozialisten und Zentrum nebst, die darauf hinauszielten, eine arbeitsfähige Regierungsmehrheit zu bilden. Diese Beratungen haben zwar kein politisches Ergebnis gehabt, die Mandate der beiden Parteien hätten aber rein zahlenmäßig betrachtet genügt, im Reichstag eine Mehrheit zu schaffen, sie hätten zusammen nämlich 327 Sitze gehabt und damit bei 608 Abgeordneten eine Mehrheit. Diese Mehrheit — und das ist das wesentliche Ergebnis des 6. November — kann heute nicht mehr errechnet werden. Die Nationalsozialisten werden voraussichtlich mit 195 Abgeordneten in den neuen Reichstag einziehen, das Zentrum mit 70, die Bayerische Volkspartei, die vielleicht mit Nationalsozialisten und Zentrum nach dem 31. Juli in die Koalition getreten wäre, mit 19 Vertretern. Ein Vergleich mit der Stärke dieser Parteien nach dem 31. Juli läßt erkennen, daß sie alle Verluste erlitten haben.

Die Nationalsozialisten werden mit einem Stimmenrückgang von etwa zwölf Prozent, die Bayerische Volkspartei mit einem solchen von 15 Prozent und das Zentrum mit einem geringeren Verlust von nun an rechnen müssen. Ihre Abgeordneten vermögen im neuen Reichstag — für den man bis zur Stunde 377 Abgeordnete errechnet hat — keine Mehrheit mehr aufzubringen, da sie voraussichtlich nur 283 Abgeordnete insamt vereinen können. Die Möglichkeit einer Koalition Nationalsozialisten, Zentrum, Bayerische Volkspartei ist also unmöglich geworden. Die Wahl vom 31. Juli hatte die Weimarer Koalition vertrimmert, diese Verbindung ist auch durch den 6. November noch härter reduziert worden, als durch die Juliwahl. An eine Wiederkehr einer Weimarer Koalition ist also nicht mehr zu denken. Alle Koalitionsmöglichkeiten, die ein Regierung mit einer Parlamentsmehrheit ermöglichen würden, sind durch die Entscheidung des Volkes getrennt getroffen hat, überhaupt verabschiedet.

Wie haben sich die einzelnen Parteien gehalten? Dem Reichstagswert ist, das auch der zeitlicher Spruch, der von den Sozialdemokraten hoffnungsvoll begrüßt

So wählte der Wahlkreis 11.

	Reichst.	Sozialist.	Soz. D.	Zentrum	Soz. V.P.	Deutsche Volksp.	Christl. Volksp.	Staatsp.	Landvolk	Christl. Volksrecht.	Soz. Arb. P.	Landvolk.
6. 11. 1932 Reichst.	281 283	157 121	220 742	12 209	100 870	17 209	2 555	0 875	3 647	36 506	843	—
31. 7. 1932 Reichst.	338 729	166 919	204 468	13 433	67 871	10 503	2 318	8 266	1 103	451	758	243
31. 7. 1932 Landtag	241 342	135 750	190 729	11 273	65 296	16 693	8 362	1 503	9 676	3 250	2 419	842 619

wurde, nicht die abgleitende Bewegung der Sozialdemokratie hat aufhalten können. Sie hat weiter Verluste erlitten, die ungefähr sein Prozent ihres bisherigen Landes ausmachen. Gewinner waren die Kommunisten, die aber vielleicht nicht nur von den Sozialdemokraten Eroberungen gemacht haben. Die Nationalsozialisten haben ihren Siegeszug, den sie in einer überraschend steigenden Kurve im September 1930 angetreten hatten, nicht fortsetzen können. Zum ersten Male seit ihrem Aufstieg ist die Zahl der von ihnen erreichten Stimmen gesunken. Sie vertreten nicht mehr 13½ Millionen Deutsche, sondern etwa — bis zur Stunde liegen die endgültigen amtlichen Ziffern noch nicht vor — 11,7 Millionen. Die Politik der Partei, die von uns an den bemerkenswerten Stationen der politischen Entwicklung gegängelt gekennzeichnet worden ist, hat immerhin zwei Millionen Stimmen gefolgt. Sie sind in der Hauptphase wohl den Deutschen Nationalisten junger gekommen, die mit 50 Abgeordneten, im Gegensatz zu dem 40 vom 31. Juli, in den Reichstag einziehen können. Darüber hinaus haben wahrscheinlich viele, die am 31. Juli mit großen Hoffnungen nationalsozialistisch gewählt haben, diesmal auf den Gang zur Urne verzichtet, nachdem ihnen in den letzten Monaten die Nationalsozialistische Partei nicht die Erwartungen erfüllt hat, die sie am 31. Juli für die Zukunft heuten.

Der bayerischen Volkspartei scheint vor allen Dingen das Auftreten des Ministerpräsidenten Feld in den letzten Wochen recht schicklich bekommen zu sein, denn ihr Verlust von etwa 15 Prozent ist viel härter als der Stimmenrückgang im allgemeinen. Das sollte für Herrn Feld doch eine Warnung sein, sich in Zukunft etwas mehr zu mäßen.

Die Kommunisten haben aufgehört und sind auf ein rundes hundert Abgeordnete angewachsen. Die große Wut und die trotzbare Arbeitslosigkeit, deren Beilegung durch die politische Unfähigkeit immer wieder labortiert wird, sind ihnen die besten Wahlheifer gewesen. Das Zentrum hat die Stimmen aus dem rechtssozialistischen Lager, die sich ihnen am 31. Juli voller Vertrauen angewandt hatte, nicht halten können. Man

ist hier wieder davongelaufen und hat anderweitig Unterformen gefunden oder verflüchtigt verdrängt. Die Christliche Volkspartei konnte sich trotz der geringeren Wahlbeteiligung nicht nur behaupten, sondern noch Boden gewinnen und wird mit elf Abgeordneten in den neuen Reichstag einziehen. Dem Christlich-Sozialen haben sich gehalten, ebenso wie die Deutsche Bauernpartei. Die Staatspartei hat wahrscheinlich auf die Hälfte ihrer Abgeordneten verzichten müssen. Ganz sicher scheint das noch nicht, da die Partei in verschiedenen Wahlkreisen wohl gewisse Stichverbindungen hat und sich im allgemeinen bei den kleineren Parteien das Bild im letzten Augenblick immer noch geändert hat. Jüngendliche regierungsfähige Parlamentarier bringen der neue Reichstag nicht. Die Koalition Nationalsozialisten und Zentrum bleibt in der Minderheit. Die Weimarer Koalition ist erledigt. Was wird werden? Und wofür ist die Wahl eine Bestätigung?

Es wird auch nach dem 6. November Autorität & Unabhängigkeit von den Parteien, regiert, werden müssen. Damit hat der Reichspräsident noch einmal eine Bestätigung dafür gefunden, daß der Schritt, den er nach der Entlassung des Kabinetts Brünning machte, richtig war. Die Weimarer, die vom Vertrauen des Reichspräsidenten getragen wird, wird also bleiben. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sie eine gewisse Verbreiterung dadurch erhält, daß etwa die Nationalsozialisten durch einige Minister aus ihrem Reihen dem Kabinett eine gewisse parlamentarische Minderfraktion geben. Im Augenblick sieht das vielleicht unwahrscheinlich aus. Aber nach einem Wahlaufscheinlich ist ja doch die Dinge nicht weiter an. Auch die Verbreiterung dieser parlamentarischen Minderfraktion nach der Zentrumseite hin liegt nicht ganz außer dem Bereich der Möglichkeiten. Das sind aber Erwägungen, die heute noch fernher liegen. Das Wesentliche dieser Reichstagswahl ist: Ein parlamentarisches Regieren in Deutschland nicht möglich, weil keine Koalition gebildet werden konnte, die eine sichere Mehrheit gewährt hätte. Es wird in Deutschland weiter aberparteilich regiert werden müssen. Ob allerdings Herr Brüning in der Lage sein wird, die großen Aufgaben, die ihm übertragen

werden, zu lösen, erscheint nach der ganzen Situation, wie sie sich heute nach einem ankerbeständigsthaft geführten Wahlkampf zeigt, höchst unwahrscheinlich.

Ruhiger Verlauf.

Die Nacht zum Wahlsonntag ist in Berlin weit ruhiger verlaufen als bei irgend einer der vielen Wahlen dieses Jahres. Es wurden insgesamt nur 44 Zwangsgefängnisse vorgenommen, davon steht außerdem eine ganze Anzahl mit dem Verfallsfrist in Zusammenhang. Am frühen Morgen ist es sich um Teilnahme von Arbeiterkolonnen. Es hat in der letzten Nacht nur zwei erwährensamerter Zusammenstöße zwischen politischen Gewannen gegeben. In der Straßburger in Spandau kam es zu einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten, bei der ein Angehöriger der SPD, durch Mehrere und Schlägerei schwer und zwei andere Sozialdemokraten leicht verletzt wurden. Eine Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerangehörigen entwickelte sich auch in der Oberberg-Strasse im Norden Berlins. Dabei erlitten zwei Reichsbannerleute leichte Kopfverletzungen.

Auch am Sonntag vormittag herrschte in den Straßen Berlins ungewöhnliche Ruhe. Abgesehen von den Plakatträgern vor den Wahllokalen und die Wahlplakate an den Häusern deuteten fast nur auf die Wahl hin. Ein Polizeieinsatz war nur an den Wahllokalen in Spandau infolge der Schlägerei. Die Wahlbeteiligung war in den Vormittagsstunden noch außerordentlich schwach und wurde erst gegen Mittag etwas lebhafter. Fremdenverkehrs-Zustimmung waren bis Mittag nicht zu verzeichnen.

Die Polizei, hat den Verkehr mit einer ganzen Reihe von Straßenbahnlinien am Sonntag früh wieder aufgenommen. Die Wagen fahren immer noch unter polizeilichem Schutz und sind meist voll besetzt. Umwühlend verkehren noch nicht, dagegen sind einzelne Straßen der Untergrundbahn in Betrieb genommen worden.

In Bremen kam es in der Nacht zum Sonntag in verschiedenen Stadtteilen zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Im Westen der Stadt machten Kommunisten mehrfach von der Schusswaffe Gebrauch. Mehrere Nationalsozialisten wurden verletzt. Die Polizei nahm 50 Nationalsozialisten und etwa ebenso vielen Kommunisten dabei wurde ein Nationalsozialist schwer und mehrere Kommunisten und Nationalsozialisten leichter verletzt.

Das Wahlergebnis im Saalkreis.

Table with 10 columns: Name, Party, Votes, etc. for the Saalkreis election.

Einzelergebnisse aus dem Saalkreise.

Main body of election results, listing candidates and their respective parties and vote counts for various constituencies.

Continuation of election results, listing candidates and their respective parties and vote counts for various constituencies.

Advertisement for 'Sic haben gewählt!' featuring porcelain products from Leonhardt & Schlesinger, Halle.

Attacke

Sür Politik und Wirtschaft

Verantwortlich: Paul B. Palm, Berlin W 57.
Druck und Verlag von Edmund Geilard G.m.b.H., Berlin SW 68

Nr. 12



Lügen um Hugenberg.

Seiten ist über einen deutschen Politiker derart viel gelogen worden wie gerade über Hugenberg. Keine Verunglimpfung war gemein genug, seine Lüge zu raffiniert, keine Behauptung zu lächerlich, als daß man sie nicht Hugenberg nachsagt hätte.

Was soll dieser Mann alles sein: Sozialreaktionär, Großindustrieller, Freimaurer, ein sturer Bod-, Raubholfresser, fünfzigfacher Millionär, Landesverräter, Dieb, Gauner, Verräter usw.

Alle diese Lügen werden von jenen Leuten in die Welt gesetzt, die den verhassten Hugenberg aus dem politischen Leben Deutschlands als den stärksten Gegner des nationalen Geistes herausbrechen wollen.

Gerade in den letzten Wahlwochen ist wieder eine Wogenflut über diesen Mann hereingebrochen. Da steht die „Rote Fahne“ brüderlich neben dem „Angriff“, der „Vorwärts“ neben den Zentrumsblättern, alle gegen einen!

Ist es nicht ein Beweis für die überragende Größe Hugengebgs, daß alle über ihn herfallen? Rogt, Sozi, Nazi und Zentrum?

Lüge: Viel Feind, viel Ehr!

Deutsche Männer und Frauen! Laßt euch nicht bedröckeln! Hugenberg hat als einziger vor dem Young-Plan gewarnt, und alle haben ihn verrätzt, und er hat doch recht behalten.

Seht beschimpfen sie ihn alle wieder, und er wird doch legal!

Lüge:

Hugenberg ist Freimaurer.

Wahrheit:

Nach einer am 9. 12. 31 in Glogau gelegentlich einer Preisverleihung des deutschen nationalen Kreisgeschäftsführers Hennings gehaltenen Zeugenaussage Dr. Hugengebgs steht fest, daß an dieser Behauptung kein wahres Wort ist. In der kommissarischen Vernehmung sagte Dr. Hugenberg wörtlich: „Ich bin niemals Freimaurer gewesen, gewiss nie denn Großmeister einer Loge, und habe niemals zu der Freimaurerei irgendwelche Beziehungen gehabt. . . Ich habe ebenso unmittelbar oder mittelbar mit der Freimaurerei nicht das mindeste zu tun.“

Lüge:

Hugenberg ist Kriegs- und Inflationsgewinnler.

Wahrheit:

„Mit Vorliebe wird von dem Kriegs- und Inflationsgewinnler Hugenberg geschrieben, der sein höchstes Gese in Geldungen und anderen Unternehmungen angelegt, von der Not anderer unternehmungen angelegt, von der Not anderer unternehmungen angelegt, von der Not anderer unternehmungen angelegt. Das ist alles ein Riesenschwindel, eine politische Zwecklüge. Was ich da verwalte, ist nicht mein Vermögen und auch kein Inflationsvermögen. Wofür ich arbeite, sind nicht meine Interessen, sind überhaupt nicht die Interessen irgend jemandes oder irgendeiner Gruppe, sondern die Interessen unseres Volkes, so wie sie mir vor Augen stehen. . . Es ist vielmehr die aufbauende Arbeit für die nationale Gesamtheit. Das ist z. B. auch die Arbeit an einem nationalen Zweckerzwingen, wie sie mit vorgibt ist, das nicht einem einzelnen, einer wirtschaftlichen Gesellschaft oder Gruppe oder einem wirtschaftlichen Gesellschaft oder Gruppe, über dem vielmehr — alles in den üblichen, den Steuer- und sonstigen Behörden bekannten Formen geschäftlicher Tätigkeit — ein Kreis sich selbst ergänzender nationaler Männer aus allen Berufen (nicht etwa ein Kreis einseitiger Wirtschaftler) steht, die darin einig sind, daß sie mit ihrer Arbeit dem Vaterlande dienen wollen.“

(Hugenberg in einer Versammlung deutschnationaler Vertrauensmänner in Viesefeld; nach dem „Berliner Total-Anzeiger“ Nr. 247 vom 28. Mai 1926.)

Lüge:

Hugenberg ist 50facher Millionär.

Wahrheit:

Dieses Wort stammt von dem sozialdemokratischen preussischen Ministerpräsidenten Braun, der jetzt — nachdem das Gegenteil bewiesen ist — nicht gern wahrhaben möchte, daß er dies Wort über Hugenberg gebraucht hat. Hugenberg ist der Treuhänder eines aus nationalen Kreisen aufgetragenen Vermögens, das der Förderung nationaler Zwecke dient und an dem er selbst gar nicht beteiligt ist. Hugenberg ist Landwirt; er besitzt ein mittleres ererbtes Gut, das genau wie alle anderen landwirtschaftlichen Unternehmungen unter dem heutigen System zu kämpfen hat. Es wird kein einziger Fall angeführt werden können, in dem die Lebensführung dieses nationalen Führers die Grenzen einer bürgerlichen Lebenshaltung überschritten hätte.

Wenn Hugenberg wirklich der olefische Millionär wäre, als der er persifliert wird, so wäre die deutschnationale Volkspartei nicht gezwungen, großenteils das Geld zu sammeln, um die Organisation aufrechtzuerhalten. Wir sind durchaus auf die freiwilligen Spenden und den Opfermut unserer Mitglieder angewiesen.

Lüge:

Hugenberg ist „Sozialreaktionär“.

Wahrheit:

Was heißt „Sozialreaktionär“? Nichts ist sozialreaktionärer als eine Sozialpolitik, die nur den Zweck hat, daß sich die deutsche Arbeiterschaft daran gewöhnen soll, dauernd arbeitslos zu bleiben und mit Wohlfahrtsgeldern auszukommen, die zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel sind. Der wahre soziale Sinn, um den wir kämpfen, wird nicht die Aufgabe einer kümmerlichen Besorgung der Arbeiterschaft durch unwürdige Stempelgelber und Wohlfahtsunterstützungen haben, sondern es sich zur Pflicht machen, der Arbeiterschaft das zu geben, was sie braucht: ehrliche Arbeit, ehrlichen Lohn und ehrliches Brot.

Hugenberg sprach am 5. 11. 1928 zur deutschen Arbeiterschaft:

„Es ist einer der häßlichsten und niedrigsten Vorwürfe, der einem verantwortungsbewußten Politiker gemacht werden kann, daß er kein Herz für die breite große Masse seines Volkes habe. Was ist im Grunde genommen die fabrikarte Aufgabe einer jeden gesunden Politik und damit auch eines jeden wirklichen Politikers? Seinem Volke die Nahrungspflanze zu schaffen und zu verbessern! Wer das nicht kann und erst recht, wer es nicht will, der ist ein Stümper und Völschicht.“

Hugenberg und die DNVP denken nicht daran, den Arbeiter schuldig und sozialisten Arbeitgebern anzuklaffen. Ebenso scharf wie gegen die falsche Politik mancher Arbeitgeber, kämpft die DNVP gegen die Politik der Gewerkschaften, die es mit ihrer Ueberpannung des Tarifgebens und der Unterjüngung des herrschenden Systems dazu gebracht haben, daß heute 6 1/2 Millionen arbeitslos und 3-4 Millionen Kurzarbeiter sind.

Gregor Strasser, gewiss kein Freund Hugengebgs, sagte in seiner Rede vor der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation am 19. 10. im Berliner Sportpalast: „Ich habe in der Rede Hugengebgs, die er am Sonntag vor dem Sozialpolitischen Ausschuss seiner Partei gehalten hat, Worte gefunden, die man von dieser Seite noch nie gehört hat. Hugenberg hat von der Notwendigkeit einer Entpolitisierung des deutschen Arbeiters gesprochen und die Arbeiterbewegung bejaht.“

Als ablehnende Zwischenrufe erfolgten, entgegnete Strasser: „Ich glaube, daß nichts alles für die Wahl gesprochen war, und daß wir zu einer offenen Politik kommen müssen, die auch den Gegner anerkennt.“

nen muß bis zum Beweis des Gegenteils vom guten Willen.“

Damit hat auch ein Gegner anerkannt, daß Hugenberg nicht Sozialreaktionär ist.

Bedeutend ist, daß diesen Passus in Strassers Rede der „Angriff“ unterschlagen hat.

Lüge:

Hugenberg hat durch die Ostbank den Staat geschädigt.

Wahrheit:

Alle Angriffe, die gegen Hugenberg wegen seiner Tätigkeit in Aufsichtsräten, wie z. B. der Ostbank, gerichtet wurden, sind kläglich zusammengebrochen. Die Untersuchungen haben ergeben, daß nicht nur alles sauber und tadellos war — das war unter Hugengebgs Führung selbstverständlich —, sondern daß Hugenberg erhebliche persönliche Opfer gebracht hat.

In dem Bestreben, gerade dem kleinen Mann, dem kleinen Bauern, Arbeiter und Gewerbetreibenden zu helfen, hat Hugenberg veranlaßt, daß die von ihm geleiteten Unternehmungen ihre flüssigen Mittel bei der Ostbank anlegten. Denn so war es möglich, der notleidenden Wirtschaft in den Grenzgebieten des Ostens die Mittel zuzuführen, die das amtliche Preußen ihnen nicht geben konnte oder wollte. Hierbei ist nichts verbüßt worden, sondern — einwandfreie Zeugen haben das anerkannt — ganz große Opfer wurden gebracht, nur um einem großen Teil der ostpreussischen Wirtschaft zu helfen, so sie vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Das geht auch aus einem Schreiben hervor, das der Stellvertretende Vorsitzende im Aufsichtsrat, E. v. von Barock, an Hugenberg gerichtet hat und in dem es u. a. heißt:

„Gleichzeitig im Namen und Auftrag der ostpreussischen Mitglieder des Aufsichtsrats der Ostbank bitte ich, nachdem die Generalversammlung die Auflösung des Unternehmens beschlossen hat, Ihnen aufrichtigen Dank für Ihre opferwillige Fürsorge für das mit der Ostbank eng verknüpfte Wirtschaftsgeschehen der Provinz auszusprechen zu dürfen. Die großzügige, entschlossene und uneigennützigke Art, wie Sie das infolge der Kapitalarmut der Provinz schon damals zum Zusammenbruch bedrohte Unternehmen in die Hand genommen und finanziell gestützt haben. Ihre Bereitwilligkeit, den ostpreussischen Teil der Ostbank Wirtschaftskreisen der Provinz, wenn diese die Finanzierung ermöglichen könnten, zu überlassen, und schließlich, als Ihren politischen Gegnern die Erschütterung der Bank gelunnen war, die Tatkraft und Opferbereitschaft, mit der Sie eine die Interessen der Provinz nach Möglichkeit währende Lösung herbeiführt haben — alles das wird den an der Ostbank beteiligt gewesen Ostpreußen unvergessen bleiben.“

Lüge:

Hugenberg unterstützt die jüdische Macht im Scherl-Konzern.

Der Scherl-Konzern läßt sich nur durch jüdische Rechtsanwände vertreten.

Wahrheit:

Die Firma A. Scherl G. m. b. H. beschäftigt ungefähr 6300 Personen. Der Redaktionsstab besteht aus unca 200 Personen. Unter diesem Nebenpersonal befinden sich im Verhältnis zu dem sonst in der Presse üblichen Verhältnis nur 2 1/2 Prozent Juden, die weder durch ihre Zahl noch durch ihre Stellung einen ausschlaggebenden Einfluß auf die politische Führung der Scherlblätter ausüben vermögen. Die von nationalsozialistischer Seite als Kronjuden genannten Namen betreffen zudem meist solche Persönlichkeiten, die teils vor Jahren ausgeschieden,

Nur Deutschland!

Eine Wahlbeilage für den denkenden Wähler und die denkende Wählerin

Wahlzeitung der Deutschnationalen Volkspartei im Wahlkreis 11 (Halle-Merseburg)

Nummer 2

Halle (Saale)

Anfang November 1932

Die Vernunft muß siegen!

Der Tag der Entscheidung.

Dr. Erich Schmidt, der zweite Kandidat auf der deutschnationalen Wahlliste unseres Landesverbandes, schreibt:

Am 6. November fällt die Entscheidung. Um die Neuwahl des Reichstages geht es. Wir haben in diesem Jahr schon so oft wählen müssen. Es ist menschlich begreiflich, wenn manche Aergernisse fragen, was denn eigentlich bei der ganzen Wählererei herauskomme. In dieser Stimmung liegt eine ungeheure Gefahr. Denn gerade bei dieser Wahl kommt es darauf an, daß der letzte nationale Wähler und die letzte nationale Wählerin zur Wahl gehen.

Die Bedeutung dieser Wahl wiegt sich schwerer als die der vorausgegangenen Reichstagswahlen. Um was geht es? Zwischen der Wahl zum letzten Reichstag und der heutigen liegen Ereignisse von allergrößter Tragweite. Die letzte Reichstagswahl fand statt, nachdem im Einvernehmen mit Hitler von dem Reichspräsidenten die Regierung Papen eingesetzt worden war. Was waren die politischen Taten dieser Regierung? Sie hat in Preußen die Herren Braun, Severing, Hirtfelder usw. mit der Reichswehr aus ihren Ministerien holen lassen. Sie hat die Grundlage gelegt, endlich den Dualismus von Reich und Preußen zu beseitigen und endlich dafür zu sorgen, daß eine nationale Preußenpolitik die Maßnahmen einer nationalen Reichsregierung unterstützt. Und außenpolitisch? Was hat hier die Regierung getan?

Sie hat erklärt, daß sie das Abrüstungs-theater in Genf nicht mitmache, wenn nicht durch die Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung aus diesem Theater eine wirtschaftliche erfolgreiche internationale Konferenz werde.

Das sind die politischen Taten der Regierung. Sie müssen von jedem nationalen Menschen, der nicht durch Parteigeiznis sich bestimmen läßt, anerkannt werden.

Warum gelangte der alte Reichstag zur Auflösung? In ihm hatte sich eine Mehrheit von Nationalsozialisten und Zentrum zusammengefunden. Was wollte sie? Die nationale Politik der Regierung Papen unterstützen und dort Kritik üben, wo es notwendig ist? Nein! Der Parlamentarismus sollte wieder eingeführt werden. An die Stelle einer unabhängigen Präsidialregierung sollte nach dem Willen der schwarz-braunen Koalition wieder eine parlamentarische Regierung gesetzt werden. Wollen wir das? Soll mit dem Parlamentarismus die Politik des Abhandels und der Halbheit wiederkehren?

Wir wollen das nicht! Kein national empfindender Mensch in Deutschland will das. Also zieht die Schlussfolgerung! Unterstützt und stärkt die deutschnationale Bewegung, die einzig und allein fähig der Wiedertehr des Parlamentarismus entgegengeworfen hat!

Das ist die politische Bedeutung der Wahl! Darauf kommt es jetzt an. Die politische Linie ist klar und eindeutig, daß die Gegner der Deutschnationalen sie in diesem Wahlkampf nach Möglichkeit in den Hintergrund drängen wollten. Man verbotte, durch das Herausstellen von wirtschaftspoli-

tischen und sozialpolitischen Fragen das eigene falsche Handeln zu verdecken. Ganz besonders für die Nationalsozialisten gilt das.

Gewiß, auch die Deutschnationalen stimmen keineswegs mit allen Regierungsmaßnahmen überein. Ganz besonders für die sozialpolitischen Verordnungsbestimmungen der Regierung Papen gilt das. Was aber ist die Hauptfrage? Von was hängt unser Schicksal ab? Von der Politik! Das ist die Entscheidung. Deshalb gibt es für die Vernunft nur die Haltung, die wir Deutschnationalen eingenommen haben. Wir haben die nationale Politik der Regierung unterstützt, wir haben aber dort scharfe Kritik geübt, wo es aus sozialen oder anderen Gründen notwendig war. Das ist praktische Arbeit. Damit allein können wir weiterkommen. Eine Koalition von Zentrum und Nationalsozialisten ist an sich schon eine politische Unrechtfertigkeit, aus der die Rettung uns nicht gegeben werden kann.

Versteht man jetzt die Bedeutung der Reichstagswahl? Sie muß eine Unterstützung und Förderung der deutschnationalen Bewegung bringen. Darauf kommt es jetzt an. Jeder von uns kann dazu beitragen. Tun wir deshalb unsere Pflicht! Nur eine Wahlparole kann es für uns geben:

Deutschnational! Liste 5.



Ob dieses Bild falsch gezeichnet? Es stellt Hitler und Brüning Arm in Arm dar. Es gibt die im letzten Reichstag benutzte schwarz-braune Koalition wieder. Soll diese schwarz-braune Koalition sich durchsetzen können? Nur ein harter Wahlsieg der Deutschnationalen vermag das zu verhindern. Merkt es deshalb: wer braun, d. h. nationalsozialistisch wählt, wählt damit gleichzeitig schwarz. Wer schwarz wählt, wählt damit gleichzeitig rot. Der denkende Wähler und die denkende Wählerin wählen deshalb nur schwarz-weiß-rot, also nur deutschnational, Liste 5!



„Nieder mit dem Kapitalismus!“



„Ach, was nun?“

Nie wieder Sozialismus!

Langsam drücken es alle begriffen haben, daß wir unter der fast 14jährigen Herrschaft des schwarz-roten Systems in das heutige soziale und wirtschaftliche Elend hineingekommen sind. Ein Leben in Freiheit, Ehre und Würde hatte die Sozialdemokratie für den Fall ihres Sieges den Massen des Volkes versprochen. Als sie dann zur Macht kam, da wurde unter dem Zeichen des Sozialismus regiert. Die Folgen haben wir noch heute zu tragen. Wie haben genug davon!

Trotzdem aber wollen heute auch im nationalen Lager viele den Wählern und Wählerinnen vorreden daß doch der Sozialismus die alleinige Rettung bringen könne. Sie reden von einem „deutschen Sozialismus“. Was ist denn das? Erstlich es, der deutsche Sozialismus sei das Gegenstück der marxistischen Sozialaufstauung. Und jetzt? Greifen wir ein Beispiel heraus. Am 8. September schrieb die nationalsozialistische „Schlesische Tageszeitung“ wörtlich folgendes:

„Die Fronten haben sich geklärt. Der sozialistische Gedanke, der das ganze deutsche Volk beherrscht, beginnt das zusammenzuführen, was durch lange Diktatur und verächtliche Epochen gegeneinander gehetzt wurde. Ueber dem Volk, das bereit ist, für seine Freiheit zu kämpfen, weht die rote Fahne des Sozialismus, die Fahne der deutschen Revolution.“

Hätten diese Säue nicht ebenso auf im „Bismarck“ der Sozialdemokratie, oder sogar in der „Aktion Rabe“ der Kommunisten stehen können? Hier haben wir den Beweis dafür, daß die Deutschnationalen recht gehabt haben, wenn sie immer wieder warnten daß auf hinwelen, daß jedes Spiel mit dem sozialistischen „Gedankengut“ naturunvermeidlich zum Marxismus enden muß.

Und jetzt soll eine neue Auflage des Sozialismus uns retten können? Niemals wird das der Fall sein! Deshalb ist es notwendig, daß gerade die nationale Front sich von der sozialistischen Verleumdung reinhält und eindeutig und klar auf die nationale Rettung des Vaterlandes hinarbeitet. Dabei für die Gewinnung der Wirtschaft für die soziale Gerechtigkeit sorgt.

Es ist heute zeitgemäß, die Frage aufzuwerfen, weshalb denn nicht sozialisiert worden ist, als schon einmal Sozialisten, und zwar die Sozialdemokratie, die Macht dazu hatten. Der bekannte sozialistische Gewerkschaftsführer Tarnow veröffentlichte in

diesen Wochen in der freigewerkschaftlichen Presse einen Aufsatz „Ist die Wirtschaft sozialisierungsreif?“ Was da aus-schließt wird, verdient zum Teil festgehalten zu werden. Herr Tarnow meint nämlich, die Sozialisierungsfrage einer Volkswirtschaft hängt von dem Grad der ökonomischen Entwicklung und von dem Willen des Volkes ab. Dann führt er aus, weshalb nach der „Siegreichen Revolution“ nicht hätte sozialisiert werden können. Herr Tarnow tut das in folgenden Sätzen:

„Man muß dabei bedenken, daß die Massen vom Sozialismus eine Verheißung ihrer materiellen Lage erwarteten nicht in ihrer ferneren Zukunft für spätere Generationen, sondern für sich selbst in der Gegenwart. Die Umwandlung der Wirtschaft muß also die Aussicht bieten, als bald den allgemeinen Lebensstandard verbessern zu können. Das ist nach der gegebenen Situation nur möglich, wenn der volkswirtschaftliche Ertrag ansteigert werden kann. Als am Ende des Weltkrieges der Arbeiterklasse eine große politische Macht zufiel, war diese Aussicht ganz bestimmt nicht vorhanden. Der Produktionsapparat war desorganisiert, zertrümmert. Es herrschte ein völliger Mangel an Warenvorräten, an Rohstoffen und Lebensmitteln. Tausende mußten alle Kräfte und Möglichkeiten erschöpfen werden, nur um das deutsche Volk mit dem nächsten Leben über die Zeit des absoluten Mangels hinwegzubringen. Der Versuch, gleichzeitig eine neue Wirtschaftsordnung aufzubauen, hätte in einer fürchterlichen Katastrophe enden müssen. Die Antwort es unter solchen Verhältnissen ist ein neues Wirtschaftssystem einzuführen, das ist sehr deutlich an den Lebensbedingungen der russischen Revolution zu erkennen. Im Oktober 1917 vollzog sich der bolschewistische Umsturz. Am 15. Dezember wurde der zentrale Volkswirtschaftsrat errichtet und mit der Aufgabe betraut, die wirtschaftliche Reorganisation durchzuführen. Aber trotz verzweifelter Mühenanstrengungen blieb der Wirtschaftsertrag Jahre hindurch katastrophal niedrig. Nach der anfänglichen Phase ertrug wurden z. B. im Jahre 1918 im Durchschnitt 751 000 Pud Weizen gefördert im Jahre 1919 dagegen nur 390 000 Pud, und im folgenden, im dritten Jahre der Neuordnung, sank der Ertrag noch weiter auf 276 000 Pud. Die Güterherzeugung hatte im ersten Halbjahr 1918 129 Millionen Rubel betragen. Im ersten Halbjahr 1920 konnten nur 27 Millionen Rubel erreicht werden. Die Zergliederung

Der Städler und der Landwirt, der Mittelständler und der Beamte, der Arbeiter und der Angestellte, alle Berufsstände wählen nur deutschnational, Liste 5.

von 17 Millionen und Gewerbe im Jahre 1910 auf 27 Millionen im Jahre 1920 geklungen. Trotz aller Bemühungen, wenigstens die landwirtschaftliche Erzeugung intakt zu halten und zu hegen, ging auch hier der Ertrag unumstößlich immer weiter zurück. In den ersten drei Jahren nach der Revolution verminderte sich auch die Anbaufläche um 27 Prozent. Ein Agrarland, wie Rußland, mochte als 85 Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft immerhin einen Ertrag gegen das industrielle Rußland erzielen, ist schließlich noch in der Lage, einen solchen Ertrag zum Sozialismus zu geben, wie er dort einmündlich wurde und noch lange nicht im Ende gelangen ist. Das deutsche Volk fand am Ende des Krieges auf einer so tiefen Stufe der Entbehrungen, daß jeder Versuch, es durch Sozialisierungsversuche in ein noch tieferes Tal des Elends hineinzuführen, unweigerlich in einer offenen Rebellion erstickt worden wäre.

Das also ist der Sozialismus! Auch heute stehen wir bei dem Ende des Krieges in großer wirtschaftlicher und sozialer Not. Als Folge der Herrschaft von Sozialdemokratie und Zentrum sind wir wieder so weit. Auch heute kann uns der Sozialismus ebenso wenig retten, wie in den ersten Jahren nach dem Krieg. Auf nationale Bestimmung, auf Wirtschaftserkenntnis und auf soziale Gerechtigkeit kommt es an. Deshalb besteht die sozialistische Verfassung! Die Stimme jedes verantwortungsbewußten Wählers und jeder verantwortungsbewußten Wählerin gehört der

Deutschnationalen Volkspartei,
der Liste 5.

Deutsche Frauen steht fest!

H. Hertwig schreibt:
Am 6. November ist wieder ein Präsidiumstag für das deutsche Volk. Es soll zeigen, ob es staatsnotwendigkeiten erkennt und Sonderinteressen zurücklassen kann. Nach fast vierzweijähriger Parteiherrschaft soll eine unabhängige Staatsführung sichergestellt werden. Sie ist in höchster Staatsnot vom strengen Erbe der deutschen Vorfahren, Sündenbura, eingeleitet worden, die soll bei der Wahl am 6. November von den Verhandlungen des Volkes eine kritische Unterbrechung durch den deutschen Reichstag erhalten.

Es darf keine Möglichkeit der Rückkehr der Parlamentarismus und der Parteiherrschaft geben; es muß vor allem die Wahrung einer schon erlangten Weisheit im Parlament und im Volk sein, die nicht wieder durch die Parteiöffentlichkeit zerstückelt werden, wie die bisherige schwarz-rote Verführung.

Wir deutschen verantwortungsbewußten Frauen wollen nicht länger den Bundesrat in unserem Volke dulden, der durch die fanatische Verehrung von Parteiprüden und Zielen geleitet wird, und der uns unfähig macht, alle in das Wohl des Gesamtvolkes und Staates uns einzubringen. Erst wenn es uns gelangt, die eigenen Wünsche zurückzuführen, wenn wir neidlos uns freuen, wenn andere schon das tun, was wir selbst tun wollten — machen wir zu der viel genannten, erlebten Volksgemeinschaft zusammen.

Jede echte Frau wünscht sich eine harmonische Familiengemeinschaft und wird alles tun, Gegenstände auszugleichen. Warum übertragen wir diese Pflichten nicht auch auf den Staat, um eine so viel größere Familie, die unsere schicksalverwandten deutschen Väterbrüder umfaßt? Die Brüder streiten sich und schlagen sich oft wegen Augenblicksfragen den Schädel ein, die Schwestern ergreifen Partei oder ihreischen Weg und als, bis die Mutter endlich Frieden stiftet, — da streng und da begütigend den Streitenden zuruft: „Schämt Euch, Ihr seid Geschwister und müßt zueinander halten!“

Solchen Muttergeist brauchen wir heute im politischen Leben, Muttergeist, der auf das Ganze sieht, der Ordnung hält und alle Glieder der Familie zusammenhält. Wir brauchen Frauen, die sich gefähigt, Treue halten, geschickter, Verheerung deutschen Glaubens, deutsche Tugend und Ehre, deutschen Selbsttums, Neuchars Symbol für uns die Frauen Schwarz-Weiß-rot, für die unsere Söhne und Brüder gelassen sind, inneres Ziel: die Erneuerung deutschen Lebens, Freiheit nach innen und außen!

Das brauchen wir eine starke, unabhängige deutsche Regierung, der die Parteien Stütze und Helfer sind, und die für alle Volksgenossen das Beste erreichen will, aber immer im Hinblick auf das Gesamtwohl. Dieses Streben muß dem jeder mitwirkenden Frau verwandt sein und ihre Teilnahme werden. Beharret also fest auf dem Sinn — ihr deutschen Frauen, damit Ordnung und Frieden für Volk und Staat gesichert werden! Wählt am 6. November die

Deutschnationale Volkspartei,

die sich für eine parteilose, nationale Regierung einsetzt, die unterstützt durch Wirtschaft, damit eine soziale Verbindung unseres Volkes herbeigeführt wird.

Steht fest zur Liste 5!

Wer ist sozialreaktionär?

— Letzt selbst und entscheidet!

Hugenberg entwickelt das deutschnationale Sozialprogramm.

Am 16. Oktober fand im Reichstag eine große sozialpolitische Tagung der Deutschnationalen Volkspartei statt. Sie wurde geleitet von Dr. Brüning, dem zweiten Reichspräsidenten der deutschnationalen Partei, im Vorberand, Adolf-Werleburg. Auf dieser Tagung entwickelte Hugenberg das deutschnationale Sozialprogramm. Es ist leider nicht möglich, die vorläufigen Ausführungen des deutschnationalen Führers hier vollständig wiederzugeben. Unter Hinweis reicht dazu nicht aus. Aber möge sich aber die Liebe Hugenberg, die als Prognose erdichte lie, bei der DVP, betheilen und ganz lesen!

Die entscheidenden Gesichtspunkte der großen sozialpolitischen Rede des deutschnationalen Führers seien hier kurz und prägnant wiedergegeben. Jeder kann dann selbst entscheiden, wer sozialreaktionär ist und welche soziale Zielsetzung die Deutschnationalen haben.

Hugenberg ging in seiner Rede davon aus, daß sozialreaktionär nur das von einem neuen, selbständigen, selbständigen und selbständigen nationalen Kapital sein könne.

Es müsse endlich das große Problem der Entpolsterung des Arbeiters, seine gleichberechtigte Einbeziehung in die Volksgemeinschaft deutscher Bürger gelöst werden. Er sei keine Sozialpolitik, wenn man mit Arbeitereliten zahllose unnötige Kosten ernehre und Sozialpolise habe. Die größte soziale Sünde der Weimarer Republik sei der Aufbau der Großstädte; die Großstädter seien die, die Heimat bekommen; jede Familie müsse fruchtbar sein. Die gemeinsamen Landes für eigen wieder nennen Anweisung und Dezentralisierung der Industrie, Entwicklung der „menschlichen Räume“, die das Volk ohne Mann noch beste, Entwicklung jedes Volkstammes, das alles gehöre zur Sozialpolitik. Dazu gehöre aber auch, daß man der „Masse der Eltern“ die Zukunft ihrer Kinder erleichtere.

Die Deutschnationale Volkspartei denke nicht daran, den Arbeiter und Angestellten der Wirtschaft unsozialer Unternehmer preisgeben zu wollen.

Wenn ein nationaler Staat wirklich Arbeiter und Schlichter sei, so bedürfe es des Krieges zwischen Arbeiter und Unternehmer nicht mehr, so würden der Streit und die Anweisung nur das letzte Mittel für den Staat sein, daß der Staat selbst es aus höheren Gründen zuläßt. Die Deutschnationalen kämpfen nicht gegen das Weizen oder das Wort Gewerkschaften. Aber sie kämpfen gegen den Geist des Marxismus. Die Gewerkschaften seien heute die gefährlichsten Unternehmern und Arbeitern verärgerte Wesen in einem künftigen Wirtschaftskampf geworden. Es brauche nicht vier oder fünf Gewerkschaften und Gewerkschaftenverbände in einem Gewerbe zu geben, sondern nur eine, der jedes Glied des Volksglieds in irgendeiner anderen, kleinen Gewerkschaft den einen Faktor des Gewerbes oder Betriebes, den Arbeitnehmer, mit dem zweiten Faktor, dem Unternehmer, verbinden. Aber zweierlei neuer Geist müsse wieder

geschaffen werden, der Geist der Dezentralisation und der Geist friedlicher Selbstverwaltung und Zusammenarbeit. Nicht Abbau der Sozialversicherung sei die deutschnationale Partei, sondern eine Reform der Sozialversicherung an Haupt und Gliedern. Wer seine Arbeitskraft zu Marie trage, müsse in Not und Mitleid gelassen sein.

Das Schicksal des deutschen Arbeiters hängt bei der ungenügenden Not der Arbeitslosigkeit weniger von den Löhnen als von der richtigen Behandlung des Arbeitsmarktes und von einer nationalwirtschaftlichen Staatseinkauf ab.

Der Störenfried sei in der Tat das internationale Kapital. Aber nicht im sozialistischen Sinne, wonach jedes Kapital international sei, sondern nur in dem Sinne, daß derjenige Teil des Kapitals die Störungen verursacht, der zwischen den nationalen Staaten verhandelt und sich der gemeinsamen einer nationalen Wirtschaftspolitik entzieht und nicht national agiert.

Dr. Hugenberg baut auf die Grundzüge der Forderung auf, daß in einer wirtschaftlichen Wirtschaft Ehrengewichte für Kapitalisten und Unternehmer gebildet werden, die er schon 1925 veranlagt hat. Sie müßten das Recht haben, im äußersten Falle dem Schuldigen die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit abzusprechen, und zwar auch dann, wenn ein Arbeitgeber seine sozialen Pflichten bei den wirtschaftlichen Angelegenheiten nicht erfüllt und sich durch als ungenügend zur Führung eines Betriebes erweise. Nicht ansonne Sozialisten sollten die Träger der wirtschaftlichen Macht sein, sondern Einzelpersonen und Familien oder Gruppen und Verbände, die man kennt und die bereit sind, Verantwortung zu tragen.

Weiter erklärte Dr. Hugenberg, daß man in Wirtschaft eine Arbeitslosigkeit nur dadurch überwinden könne, daß man in Zeiten der Hochkonjunktur schwere Opfer zur Überwindung der nächsten Arbeitslosigkeit bringe. Die hohen Weizenpreise einer Hochkonjunktur müßten zu sozialen Zwecken bestimmt werden. Nur dadurch könne auch die Überwindung der Konjunktur zurückgehalten werden. Ebenso müsse eine idarische Steuerliche und kreditpolitische Unterscheidung zwischen Zeiten der Konjunktur und der Depression gemacht werden. Die Lösung neuer Kreditinstitutionen in der Zeit der Konjunktur ermuntere zu neuen Anlagen in der Zeit des Niederganges. Das sei ein weitestgehendes Interesse der Arbeiter und Angestellten. Dielem Geles müßten auch große Verträge, wie die Deutsche Reichsbank, unterworfen werden.

Die nächst wichtigste Aufgabe sei die Neulassung der Schulden, die seit dem 18. Juli 1924 auf der deutschen Wirtschaft lauten. Das sei der erste Schritt zur Beilegung der deutschen Wirtschaftskrise.

Hugenberg schloß mit der Erklärung, daß, wer kein Volk führen wolle, die Wahlen seines Volkes lieben müsse, auf deren Wahlkampfspielraum und Entwicklung die Zukunft aller beruhe.

Eine notwendige Auseinandersetzung.

Die Nationalsozialisten haben ihre Wahlkämpfe in erster Linie gegen die Deutschnationalen geführt. Hierbei haben sie alle möglichen unwahren Behauptungen aufgestellt. Greifen wir die wichtigsten heraus.

1. Die Nationalsozialisten sagen, sie hätten gegen den Marxismus aufgetreten, die Stößen von marxistisch-bolschewistischen Terror gelaubert, während die Deutschnationalen „in den Mäuelchötern“ gesessen hätten.

Was heißt es damit? Bisher selbst erklärt immer wieder voll Zorn, daß er 1919 mit sechs anderen Personen eine Bewegung gegründet habe. Will jetzt vielleicht ein jemand weismachen, daß der Terror des Spartakusbundes, die marxistische Revolution der Revolution von den Nationalsozialisten gebrochen wurde, die damals überhaupt völlig bedeutungslos waren? Wer hat sich dem Marxismus zuerst entgegen geworfen? Die Deutschnationalen waren es, die sich damals in freier Bewegung im Reichstag zusammenfanden, um den marxistischen Terror zu brechen. Man brähe nur einmal nach, wo in diesen Jahren viele der Nationalsozialisten gewesen sind, als Deutschnationale in den Wochen und Monaten der Revolution ihr Leben einsetzten!

2. In ihrem Kampf gegen uns haben die Nationalsozialisten immer wieder die Dawes-Abstimmung und andere politische Vorgänge aus den Jahren 1924/25 angeführt. Das sind so gewissermaßen die Schlagworte der Nationalsozialisten gegen uns.

Wie heißt es damit? Jedes Kind weiß, daß die Deutschnationale Volkspartei unter Hugenberg in voller Minderheitsfähigkeit gegen die eigene Größe und den eigenen Willen der Partei ihre Weibchen rechte gelehrt und gelehrt hat, die von der starken deutschnationalen Linie abgeirrt waren. Die Deutschnationalen, die wir ja auch erst nach dem Krieg entstanden sind, haben also als Partei die „politische Minderheit“ in sich herbeigeführt. Die Nationalsozialisten sind aber

eben mitten in dieser Krankheit drin. Sie sollten zunächst einmal alle aus ihren Reihen hinauswerfen, die für die Koalitionspolitik mit dem Zentrum im alten Reichstag verantwortlich waren! Dann können sie wieder mitreden.

3. Die Nationalsozialisten behaupten, die Regierung von Papen wäre gar nicht wählbar gewesen, wenn sie nicht zuvor die nationale Erhebung durchgeführt hätten.

Was heißt es damit? Als die Nationalsozialisten klein und unbedeutend waren, da wurden sie von Hugenberg und den Deutschnationalen gefördert. Den Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren gegen den Vornam-Plan hat Hugenberg gegründet, Sarburg war Hugenberg als Sekretär. Wenn man also überhaupt einzelnen Persönlichkeiten und nicht dem Zusammenwirken aller Faktoren die nationale Erneuerung zuschreiben will, so fällt Hugenberg das Hauptverdienst zu.

4. Die Nationalsozialisten behaupten, wir Deutschnationalen hätten nie um die Früchte ihrer Arbeit betrogen.

Wie heißt es damit? Die Regierung von Papen wurde nicht auf deutschnationale

Bereitschaft, sondern im Unverständnis mit Hitler einseitig. Dann aber das Entscheidende. Auch die Nationalsozialisten haben einmal einen Zweck, der Ziel ist die Beilegung des Parlamentarismus. Wer soll nun der Parlamentarismus befehlen, wenn es nicht die nationale Front mit einem Wahlkampf ist? Wenn die Nationalsozialisten ihren eigenen Zielsetzung treu geblieben, so hätten gerade bei der Bildung einer von den Parteien unabhängigen Reichsregierung auch weiterhin unterliegen müssen, anstatt in Koalitionsoverhandlungen mit dem Zentrum einzutreten.

5. Die Nationalsozialisten erklären, daß die drei bis vierhundert Zoten, die sie in ihrem politischen Kampf begehrt hätten, ihnen die Verpflichtung aufzuerlegen, mit allen Mitteln nach der Macht in Deutschland zu streben.

Wie heißt es damit? Auch wir ehren jeden, der im nationalen Kampf sein Leben einsetzt und hingegeben hat. Aber wir glauben, das Ansehen dieser Zoten gerade dadurch zu ehren, wenn wir darauf hinweisen, daß sie für die nationalsozialistische Bewegung in Deutschland nicht für eine Koalition mit dem Zentrum geordnet sind. Neben den Zoten des politischen Kampfes denken wir Deutschnationalen in erster Linie an das Verdienst der zwei Millionen deutschen Arbeiter, die im Weltkrieg zwei Millionen gekleideter Amerikaner haben unter den Farben Schwarz-Weiß-rot gekämpft und sind für diese Farben gestorben. Das legt allen nationalpolitischen die Verpflichtung auf, die Schwarz-Weiß-rot haben zum Siege zu führen.

Es geht nicht um Worte, sondern um Taten. Es geht nicht um Personen, sondern um die deutsche Nation. Deshalb nur: Deutschnational! Liste 5.

Wieviel Arbeitslose hatten wir beim Abgang Brünings?

Das Institut für Konjunkturforschung hat viele Berechnungen aufgestellt über die tatsächliche Arbeitslosigkeit. Nur das Jahr 1929, so insofern der guten Konjunktur eine nennenswerte unrichtige Arbeitslosigkeit nicht vorhanden war, hat das Institut für Konjunkturforschung die Gesamtzahl der Arbeitslosen durch Zusammenzählen der Beschäftigten, Arbeiter und der bei den Arbeitgebern amebenen Arbeitslosen ermittelt. Dieser Gesamtzahl wurde für die folgende Zeit die Zahl der Beschäftigten zugerechnet, so daß sich für die Jahre 1928 und 1929 folgende Zahlen für die tatsächliche Arbeitslosigkeit ergeben:

	1928	1929
1. Vierteljahr	5,83	7,86 Millionen
2. Vierteljahr	4,84	7,23 Millionen
3. Vierteljahr	5,25	7,16 Millionen
4. Vierteljahr	6,62	— Millionen

Das ist unsere Lage! 7,86 Millionen waren im ersten Quartal des Jahres nach der Berechnung des Instituts für Konjunkturforschung arbeitslos; 7,86 Millionen Erwerbslose also in den letzten Monaten der Brünings-Periode! Wer auch nur einen Augenblick Verantwortungsbewußtheit besitzt, der muß daraus die Folgerung ziehen, daß für unrichtigere Kritik heute keine Zeit ist.

So herrschbar war also unsere soziale Lage beim Abgang Brünings. Trotzdem arbeiten auch heute die Nationalsozialisten darauf hin, daß die Maßnahmen der Regierung zur Wirtschaftsbesserung möglichst ohne Erfolge bleiben. Mit unwillkürlicher Offenheit hat das Dr. Brüning in seiner Rede in Weimar am 16. Oktober ausgesprochen. „Gewinn der nationalsozialistischen „Einiger Tageszeitung“ vom 17. Oktober d. J. erklärte er: „Wir (also die Nationalsozialisten, Schriftst.) warten mit Vergnügen auf den Tag, daß von Papen mit seinem Programm Schiffbruch erleidet.“

Was wollen wir? Was wollen Sie, geweihter Vater, vererbte Verlierer? Soll es aufwärtigen oder soll Parteibekanntheit und Verherrlichung uns noch tiefer in wirtschaftliches oder soziales Elend hinabziehen? Sie haben zu entscheiden! Eine Stärkung der deutschnationalen Reiben macht die Bahn für die Aufwärtsentwicklung frei!

Verantwortungsbewußter: Dr. Erich Schmidt, Reichsverband der Deutschnationalen Volkspartei, Halle, Leipziger Straße 17. Prof. Otto Gendel-Dueder, Halle.

